

Interpellation Schrepfer-Sevelen vom 22. September 2003  
(Wortlaut anschliessend)

## **Ausbildungsstellen für Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschule für Soziale Arbeit bei den Jugendanwaltschaften**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 28. Oktober 2003

Elsbeth Schrepfer-Sevelen erkundigt sich mit einer Interpellation nach Praktikumsplätzen bei der Staatsanwaltschaft.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung bejaht die Notwendigkeit der Bereitstellung von Praktikumsplätzen und beurteilt die Vorteile solcher Ausbildungsplätze auch für St.Gallen als Standortkanton einer Universität und von Fachhochschulen als positiv. Bei der Staatsanwaltschaft könnten für verschiedene Berufe Praktikumsplätze geschaffen werden. Die Durchführung von Praktika ist zwar in der Regel mit Aufwand, beispielsweise für Instruktion und Betreuung, verbunden, hat aber für alle Beteiligten Vorteile, wie sie in der Interpellationsbegründung aufgeführt werden.

Die Staatsanwaltschaft nimmt wie die Kantonsverwaltung insgesamt im Rahmen der vom Parlament erteilten Kredite die Aufgabe wahr, geeignete Ausbildungsplätze anzubieten. Angesichts der finanziellen Vorgaben ist die Anzahl der Praktikumsplätze, die angeboten werden können, allerdings limitiert. Sollte der Kantonsrat mehr Mittel für solche Ausbildungen zusprechen, wäre die Staatsanwaltschaft bereit und in der Lage, zusätzliche Praktikumsplätze anzubieten für angehende Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bei den Jugendanwaltschaften sowie für Auditorinnen und Auditoren bei den Untersuchungsämtern. Bei gleichem finanziellen Rahmen hat die jeweilige Amtsleitung aufgrund des Bedarfs, der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze, der Betreuungsmöglichkeiten und der Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten zu entscheiden, wie die vorhandenen Mittel eingesetzt werden.

28. Oktober 2003

Wortlaut der Interpellation 51.03.38

### **Interpellation Schrepfer-Sevelen: «Ausbildungsstellen für Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschule für Soziale Arbeit bei den Jugendanwaltschaften**

Die Jugendanwaltschaft Buchs beschäftigt seit Oktober 2001 erstmals einen Fachhochschul-Studenten in der Funktion «Sozialarbeiter in Ausbildung». Diese Gelegenheit einer 2½-jährigen Anstellung zu 60 Prozent bot sich, weil während der Einführung von REDOR und dem Umzug in den Neubau in Altstätten im Untersuchungsamt Altstätten aus Platzgründen keine juristischen Praktikanten angestellt werden konnten. Diese Anstellung brachte eine deutliche Erleichterung und ermöglichte wieder professionellere Arbeit gerade auch im aufwendigen (aber kostengünstigeren) ambulanten Bereich.

Nun sollen wieder juristische Praktikantinnen und Praktikanten eingesetzt werden, was an sich verständlich ist. Leider geht dadurch aber nicht nur der Ausbildungsplatz für einen berufsbe-  
gleitend studierenden Sozialarbeiter verloren, sondern auch die bisher angebotenen kurzen  
(6-monatigen) Praktika für andere Studierende der FHS.

Insgesamt fand seit Einführung REDOR ein eigentlicher Aderlass im Bereich der Praktikums-  
plätze bei der Staatsanwaltschaft und bei den Untersuchungsämtern statt, von 10 bis 12 Plät-  
zen bleiben noch 5 erhalten.

Praktikumsanleitung bringt vielerlei Vorteile:

- Input der neuesten Lehre in den Berufsalltag steigert die Qualität, verhindert Betriebsblind-  
heit.
- Man erhält engagierte Arbeitsleistungen junger Berufsleute zu sehr günstigen Konditionen.
- Temporäre Entlastungswirkung beim Stammpersonal verhindert Personalfluktuaton und  
Burnout.
- Erleichterte Akquisition von zukünftigem Personal, gerade in der gesetzlichen Sozialarbeit.  
Anstellung ehemaliger Praktikanten erspart viel Einarbeitungszeit und schützt vor Fehlbe-  
setzungen.

Ich bitte die Regierung zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie beurteilt sie die Notwendigkeit und die Vorteile von solchen Praktikumsplätzen?
2. Teilt sie die Auffassung, dass der Standortkanton einer Fachhochschule für Sozialarbeit  
und einer Universität mit juristischer Fakultät in der Praxisausbildung die entsprechenden  
Ausbildungsplätze anbieten sollte?
3. Welche Möglichkeiten sieht sie, in Zukunft vermehrt Praktikumsplätze anzubieten? »

22. September 2003